



Mehr Platz für Flüchtlinge

Außergewöhnliche Umstände verlangen nach eben solchen Lösungen. Deshalb sage angesichts der stets wachsenden und bislang nicht gekannten Flüchtlingsströme niemand niemals nie und schließe kategorisch die spürbare Erweiterung der Flüchtlings-Unterkünfte oder gar neue Standorte im Kreis Unna aus. Platz ist jedenfalls noch in **Unna-Massen** und **Kamen**.



„In Kamen sind wir an einer Aufstockung interessiert“, so der Mediensprecher der [Bezirksregierung in Arnberg](#), Christoph Söbbeler: „Gespräche laufen.“ Gern möchte man in der ehemaligen Kaserne der Autobahn-Polizei an der Dortmunder Straße von 100 auf 300 Plätze ausbauen. „Das war bislang aus brandschutztechnischen Gründen nicht möglich“, so Söbbeler.

Kaserne in Holzwickede

Nicht möglich sein wird nach Auffassung der Arnberger Behörde, die seit Jahren leer stehende Kaserne in Holzwickede zu reaktivieren. „Holzwickede steht immer wieder auf der Liste und wird immer wieder geprüft“, sagt Söbbeler: „Und immer wieder wird ein hundsmiserabler Zustand mit maroden Leitungen und zerschlagene Fenster festgestellt. Kurzum: Da geht gar nichts.“ Drängt sich die Frage auf, wer hat die aus Steuergeldern finanzierte Immobilie derart verkommen lassen?

Platz für 3000 Menschen in Massen



Bevor die vielen leer stehenden Häuser in der [Landesstelle in Unna-Massen](#) (Bilder) weiter dem Weg des Vergänglichen ausgesetzt bleiben, wäre eine Nutzung allemal sinnvoll. Söbbeler: „In Massen gibt's Verträge über die Besetzung, die einzuhalten sind. Alles andere sind spekulative Zahlen. Aktuell haben wir dort eine leichte Überbelegung.“ Im Regelfall sollen es 600 Menschen in Massen sein, aktuell sind es über 1000 und 3000 könnten hier einen Platz finden. Eine Zahl, die mittlerweile auch bei kommunalen Politikern angekommen ist, „aber wohl erst nach der Bürgermeisterwahl“ kommuniziert werden soll, so ein Informant gegenüber „reportvorort.de“. So fragt die Freie Liste Unna bewusst vor der Wahl den Bürgermeister: „Werner Kolter soll öffentlich... Position beziehen... Um Missverständnisse bei dieser hochsensiblen Thematik in jedem Fall auszuschließen, soll der Antrag im Wortlaut dem Ratsprotokoll beigefügt werden.“ Vertrauenssache, wie man sieht. Kernpunkt der FLU-Anfrage ist jedenfalls die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen Stadt und Land über die Belegung in Massen: Nutzung als Flüchtlingsunterkunft für zunächst zehn Jahre, Belegung maximal 600 Menschen, einmalig, für einen ununterbrochenen Zeitraum von zwei bis drei Monaten pro Jahr auch 800 Personen.

„Zurzeit spitzt sich die Situation derart zu, dass insbesondere bei Schließung umliegender Erstaufnahmestellen eine Belegung von weit über 1000 (in Worten: eintausend) Personen real ist“, so die FLU: „Seriöse Schätzungen gehen davon aus, dass der Flüchtlingszustrom auch im kommenden Jahr nicht abebben wird.“